

MEINUNGEN

Politik im Spardruck



Von Wilfried Marxer*

«Die fetten Jahre sind vorbei», heisst es. Der liechtensteinische Staatshaushalt gerät aus den Fugen, wenn nicht heftig Gegensteuer gegeben wird. Es geht um Einsparungen in Höhe von 160 Millionen Franken, um das prognostizierte Staatsdefizit auszugleichen. Das ist rund ein Sechstel des Staatshaushaltes. Auf der Regierungswebsite www.ausgewogen2015.li kann man sich orientieren und Sparvorschläge machen.

Die einzusparende Summe von 160 Millionen verteilt sich zur Hälfte auf laufende und investitive Beiträge, 50 Millionen betreffen Zuweisungen an die Gemeinden, je 15 Millionen Sach- und Personalaufwand. Allein bei Krankenkassen, Alters- und Hinterbliebenenversicherung und Nichtbetriebsunfallversicherung – letzteres im Jahr 2004 in einer Volksabstimmung abgelehnt – sollen 50 Millionen eingespart werden. Kaum jemand, an dem die Sparanstrengungen vorbeigehen. In der Betroffenenlandkarte legt die Regierung dar, wen es trifft: Schüler, Studenten, Rentner, Einzelpersonen, Grenzgänger, Familien, das Staatspersonal, die Gemeinden – und damit auch die Einwohner der Gemeinden – und schliesslich auch das Ausland. Rein rechnerisch ergibt das gesamte Sparpaket einen jährlichen Betrag von mehr als 4000 Franken pro Kopf der Bevölkerung – Säuglinge eingeschlossen.

Angesichts dieser Zahlen bleibt es im Lande erstaunlich ruhig. Nur vereinzelt hört man Murren aus den Reihen der Pfadfinder, denen eine Subvention gestrichen wird, vom Arbeitnehmerverband oder von den Entwicklungsdiensten, die bedauern, dass bei den Ärmsten der Armen dieser Welt gespart werden soll: Das Budget für die internationale humanitäre Zusammenarbeit soll stufenweise um ein Drittel gekürzt werden.

Dabei wäre einmal die Frage zu stellen, wie es denn dazu kommen konnte, dass trotz Jahrzehnten an Boomjahren ein solches Staatsdefizit prognostiziert werden muss. Ein Blick in das Statistische Jahrbuch 2010 hilft weiter. Da ist für 1995 in der laufenden Rechnung des Landes ein Aufwand von 465 Millionen Franken ausgewiesen, 2005 waren 733 Millionen erreicht und schon bald darauf wurde die Milliardengrenze geknackt. Aufwendungen für Verwaltung in dieser Zeit: mehr als verdoppelt. Personalaufwand: mehr als verdoppelt. Finanzzuweisungen: mehr als verdoppelt. Laufende Beiträge: mehr als verdoppelt. Auch die Gemeinden haben ihre Ausgaben in 20 Jahren verdoppelt. 1995 liegt gar nicht so weit zurück. Zur Erinnerung: das war das Jahr des EWR-Beitritts. Gehen wir noch weiter zurück: Um 1980 lagen die Einnahmen und Ausgaben in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken – ein Fünftel des heutigen Niveaus.

In Sonntagsreden wurde dagegen das Hohelied des schlanken Staats gepredigt. Ohne viel Erfolg, wie man sieht. Dafür soll jetzt eine deftige Schlankheitskur verordnet werden, an denen sich ein Grossteil der Bevölkerung beteiligen darf. Krisen haben aber auch ihr Gutes. Sie regen zum Nachdenken an und lassen Entscheidungen zu, die unter normalen Umständen politisch nicht durchsetzbar wären. Das haben auch die Blitzentscheidungen über milliarden-

schwere Sanierungspakete in den Industrie- und Finanzmetropolen dieser Welt demonstriert.

Da es sich beim liechtensteinischen Sparpaket, von der Regierung erarbeitet, vom Landtag abgesegnet, allerdings nicht um eine Blitzaktion handelt, verwundert die schwache öffentliche Diskussion darüber. Ist die Meldung noch nicht durchgedrungen? Die Parteien erfüllen reflexartig ihre selbstverordnete Pflicht zur Unterstützung ihrer jeweiligen Partei, und den beiden Volksparteien scheint der Streit darüber, ob in «roten» oder «schwarzen» Ressorts gespart werden soll, die vorrangige, öffentlich zu diskutierende Frage zu sein. Hier zeigt sich wieder einmal die Ressourcen-schwäche Liechtensteins, ein Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen, an Forschungseinrichtungen, an Medienvielfalt, an unabhängigen Instanzen, die die Debatte quantitativ und qualitativ anreichern könnten.

Fundamentale Fragen wären durchaus zu stellen, nicht nur die Ausgabenseite des Staatshaushalts betreffend, sondern ebenso die Einnahmenseite, beispielsweise betreffend Steuerprogression, Steuerhöchstsatz und Gemeindesteuerzuschlag. Interessieren würde auch einmal eine grundlegende, integrale und interdisziplinäre Analyse über die Implikationen des Grenzgängerwesens, einerseits hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen, aber auch in ökologischer und politischer Dimension. In der Zwischenzeit lohnt ein Blick in die Analyse von Franz J. Heeb aus dem Jahr 1998 über den Staatshaushalt Liechtensteins, entstanden in einem Forschungsprojekt am Liechtenstein-Institut in Bendern und erschienen in den Politischen Schriften, Band 24. Ein Fundus an einschlägigen Empfehlungen.

Dr. Wilfried Marxer, Forschungsleiter Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut in Bendern

LEITARTIKEL

DEUTSCHE BRINGSCHULD

Von Wolfgang Frey

Die Selbstanzeige ist für deutsche Steuerhinterzieher der einzige straffreie Weg zurück in die Legalität. Erst kürzlich hat der Bundesgerichtshof damit begonnen, die Bedingungen für die Straffreiheit strenger auszulegen. Aktuell prüft die Bundesregierung eine weitere Verschärfung der Anforderungen an die Straffreiheit. Die Opposition und die Gewerkschaften wollen die Selbstanzeige ganz abschaffen. Damit wird es noch ein wenig länger für so manche «gewachsene Kundenbeziehung» am Liechtensteiner Finanzplatz.

Die deutsche Politik nutzt die Selbstanzeige gern als Ausrede, wenn die Schweiz oder Liechtenstein eine Amnestie für Steuerhinterzieher forderte. Sie sei schliesslich eine Art Daueramnestie, so das Argument. Werden die Regeln für die Straffreiheit nun aber so verschärft und verkompliziert, dass sich ein Steuerhinterzieher nicht mehr absolut sicher sein kann, dass er nicht vielleicht doch ins Gefängnis oder eine hohe Geldstrafe zahlen muss, verliert diese Ausrede zunehmend an Überzeugungskraft. Umso dringlicher müssen Alternativen zur Selbstanzeige her.

Die Gespräche zwischen Berlin und Vaduz drehen sich nun zumindest inoffiziell offenbar in der Tat um Lösungen für «gewachsene Kundenbeziehungen» jenseits der Selbstanzeige. In Deutschland wachse das Verständnis, dass man im Streittragfähige Lösungen für Vergangenheit und Zukunft finden müsse, hiess es diese Woche aus Verhandlungskreisen. Das ist auch gut so. Liechtenstein hat mit der Lockerung des Bankgeheimnisses seinen Teil bereits im vergangenen Jahr erfüllt. Nun ist Berlin am Zug.